

Herrn  
Präsidenten des Burgenländischen Landtages  
Christian Illeditsch

Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, 26. Jänner 2016

### Selbstständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller, auf Fassung einer EntschlieÙung, dass alle künftigen im Landtag getroffenen Beschlüsse auf ihre Klimarelevanz hin überprüft werden müssen und durch die Wirkung der beschlossenen Gesetze und Verordnungen erzeugte zusätzliche Treibhausgasemissionen ausgewiesen werden müssen.

Der Landtag wolle beschließen:

Viele Entscheidungen auf Landesebene haben massiven Einfluss auf zukünftige Treibhausgasemissionen, vielfach über Jahrzehnte hinaus. Egal ob im Bereich des Verkehrs, der Landwirtschaft, der Wirtschaft, des Tourismus ect. Dieselben Bereiche sind aber auch vom Klimawandel direkt betroffen. Der Klimavertrag von Paris fordert, wesentlich eindringlicher als bisher, konkrete Maßnahmen im Klimaschutz umzusetzen. Auch das Burgenland muss seine Verantwortung ernst nehmen und im Klimaschutz aktiver werden. Um klar zu sehen welche Entscheidung auf politischer Ebene welche Auswirkungen auf Treibhausgas-Emissionen haben, ist es notwendig diese darzustellen. Ähnlich wie bei den finanziellen Auswirkungen aufs Budget in der Gesetzgebung soll diese Regelung ein Bewusstsein und eine Grundhaltung des Klimaschutzes schaffen und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen einleiten. Ein höherer Treibhausgas-Ausstoß zieht langfristig hohe Folgekosten nach sich, daher muss hier voraus gedacht und rechtzeitig gehandelt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

alle neu zu beschließenden Gesetze und Verordnungen des Landes auf deren Klimarelevanz hin zu überprüfen. Die zu erwartenden Treibhausgas-Emissionen, die die Umsetzung des entsprechenden Gesetzes beziehungsweise der Verordnung verursachen, sind bei Beschlussfassung auszuweisen.